

Das fordert die DKP:

Energiekonzerne enteignen und unter demokratische Kontrolle stellen!

Die Auseinandersetzungen um die Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Kernkraftwerke ist ein Musterfall für den Umgang der im Kapitalismus herrschenden ökonomischen und politischen Eliten mit den demokratischen Rechten der Bevölkerung. „Die Demokratie hört am Werkstor auf!“ – diese alte Erfahrung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gilt besonders, wenn es sich dabei auch noch um Atomkraftwerke handelt. Die Enteignung und Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne und die Forderung nach demokratischer Kontrolle über die Energie-monopolisten ist aktuelle Notwendigkeit, wenn es mit dem „Atomstaat BRD“ ein Ende haben soll.

Die Energie-Frage ist auch eine Demokratie-Frage. Eine Energie-Wende muss erkämpft werden gegen die monopolkapitalistischen Strukturen und Machtverhältnisse.

Wir brauchen insgesamt einen Politikwechsel zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

Sofort aussteigen!

„Mit der Ökologie-Bewegung teilen wir die Sorge um die Erhaltung der natürlichen Umwelt. Kommunistinnen und Kommuni-

sten engagieren sich im Widerstand gegen die Ursachen der Klimakatastrophe, Zerstörung ökologischer Systeme, Verschwendung von Ressourcen, Beherrschung der Energievorräte durch die Monopole und gegen Atommülltransporte.

„Die DKP fordert den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.“ (Aus dem Programm der DKP) Verstärkte Förderung der Alternativenenergien jetzt!

Trotz aller Blockadeversuche der AKW-Betreiberfirmen ist heute schon klar: In Deutschland gehen nicht „die Lampen aus“ und werden nicht „Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet“, wenn die Kernkraftwerke jetzt Zug um Zug endlich ausgeschaltet werden. Die Entwicklung von umwelt- und gesundheitsschonenden Alternativen zur Kernkraft ist längst kein Märchen mehr.

Der Anteil der aus Wind, Sonnenstrahlen und Wasserkraft erzeugten „sanften“ Energieträger hat so große Fortschritte gemacht, dass ihr Anteil bei entsprechender Förderung bereits bis zum Jahre 2020 auf einen Anteil von 40 Prozent gesteigert werden könnte. Wenn man es denn seitens der Regierung und der Energiewirtschaft wirklich wollte und konsequenter als bislang betriebe.

- Klagerecht dagegen betont. Sollte die Bundesregierung etwa auf die Idee kommen, die Sicherheitsnachrüstungen an den Atommeilern auch durchzusetzen, dürfte aus den versprochenen 14 Mrd., die – wenn überhaupt – im Wesentlichen erst nach 2020 reinkommen werden, aufgrund der Kostenbegrenzung auf 500 Mio. Euro schnell eine überschaubare Größe werden. Während die Milliardengewinne der Konzerne munter sprudeln, ist die öffentliche Hand auf Hoffnungswerte in ferner Zukunft vertröstet. Hat die Privatisierung der Energieversorger das Monopol der großen Vier entstehen lassen, so hat ihnen Frau Merkels nun auch das öffentliche Interesse für ein paar Silberlinge geopfert.

Klaus Wagener

Ja, ich will:

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

E-Mail

Tel.

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de

Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

abschalten
MAFIA**Power
to the
People**

Als die schwarz-gelbe Bundesregierung ihr Sparpaket vorstellte, fungierte die darin enthaltene Brennelemente-Steuer von 2,3 Mrd. Euro als Alibi für die soziale Balance. Ansonsten, so die Befürchtung, hätten die Kürzungen bei den Schwächsten der Gesellschaft noch asozialer ausgesehen, als sie es ohnehin schon tun. Darüber hinaus sollten die Atomkonzerne für die ihnen zugeschanzten Extraprofiten ab 2017 zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Diesmal in einem „freiwilligen Abkommen“, und zwar für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Beide Abgaben erscheinen als eine Art Zuhälteranteil bei einem gesellschaftlich geächteten Geschäft. Einem Geschäft zu lasten Dritter, der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Das (gefährliche) Auslutschen alter Atommeiler ist nur

durch die Veränderung staatlicher Rahmendaten möglich. Für den damit verbundenen Popularitätsverlust beansprucht die Regierung eine Kompensation, die sie als materiellen Erfolg verkaufen kann. Und zwar der Bevölkerung, die ohnehin alles zahlt. In etwa: Ihr müsst die 100 Mrd. zahlen. Aber wir haben 2,3 Mrd. zurückgeholt. Und 14 Mrd. für die Erneuerbaren.

Diese Konstruktion ist von verschiedenen Seiten angreifbar. Sollte es Merkel und Co. gelingen, die parlamentarischen und verfassungsgerichtlichen Hürden zu nehmen, bleiben die Probleme der kommunalen und regionalen Versorger, die im Vertrauen auf die Zusagen der „Klimakanzlerin“ ihre Anlagen ökologisch umgerüstet haben (Wind-, Solar-, Blockheizkraftwerke) und die sich nun von der Zementierung der Monopol-Marktmacht des

Atom-Billigstroms in die Unwirtschaftlichkeit gedrängt fühlen. Ebenso die Sorgen der Kommunen, die einen 300-Mio.-Ausfall bei den Gewerbesteuern aufgrund der steuerlichen Absetzbarkeit der Brennelemente-Steuer befürchten. Auch hier dürfte Widerstand zu erwarten sein. In dem ganzen Durcheinander in Merkels „Energie-revolution“ bleibt eine Gewissheit, die von ihr versprochene Abschöpfung von „mehr als der Hälfte der Zusatzgewinne der Konzerne“ wird es nicht geben. Für ihre in Aussicht gestellten 14 Mrd. in den „Öko-Fonds“ haben sich die Atom-Konzerne gegen alle Eventualitäten abgesichert. Die Risiken trägt der Bund. Beziehungsweise der Öko-Fonds. Ebenso haben sie explizit die ihrerseits unterstellte Gesetzeswidrigkeit der Brennelemente-Steuer sowie das

Bitte umblättern

Je näher das AKW, desto größer das Krebsrisiko

Eine große Studie der Mainzer Universität hat rund um das AKW Krümmel eine auffällige Häufung von an Leukämie erkrankten Kindern ergeben. In 19 Jahren sind 16 Kinder unter 15 Jahren an Blutkrebs erkrankt. Das ist der dreifache Wert gegenüber anderen Kindern in Deutschland. Seit Jahren wird das Kernkraftwerk Krümmel von Atomkraftgegnern für die Häufung von Leukämiefällen in der Elbmarsch verantwortlich gemacht. „Generell findet man in der Nähe von Kernkraftwerken in Deutschland eine Erhöhung des Erkrankungsrisikos“, erklärte Peter Kaatsch, Leiter des

deutschen Kinderkrebsregisters, im vergangenen Jahr. Das Bundesamt für Strahlenschutz kommt zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Krebserkrankungen bei Kindern signifikant zunimmt, je näher der jeweilige Wohnort beim AKW liegt. Eine in seinem Auftrag erstellte Studie sagt aber, „dass die von deutschen Kernkraftwerken im Normalbetrieb emittierte Strahlung für die Leukämiehäufung aufgrund des aktuellen Wissens nicht als Ursache interpretiert werden kann“. Mögliche andere Gründe für den festgestellten Abstandstrend konnte die Studie allerdings nicht nennen.